

Bedingungen für eine innovative regionale Drogenpolitik am Beispiel der Partydrogenpolitik in den Städten Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin

**Beitrag für die Fachzeitschrift „akzeptanz“
Ausgabe 2/2000, 8. Jahrgang, S. 64 - 70**

von Rüdiger Schmolke

Überblick

Die vergangenen Jahre haben neben dem Streit um adäquate Hilfemaßnahmen, der die bundesdeutsche Drogenpolitik seit fast dreißig Jahren dominiert, auch eine Debatte um geeignete Regelungsprinzipien im Drogensektor unterhalb der gesetzlichen Regelung mit sich gebracht, die das staatliche Steuerungsmonopol in Frage stellen. Und auch wenn der gegenwärtige Stand der politisch-rechtlichen Regelung im bundesdeutschen Drogensektor aus Sicht von Befürwortern pragmatischer Reformen nur als kläglich bezeichnet werden kann, so lässt sich doch nicht übersehen, dass die Vertreter umfassender Reformvorschläge im drogenpolitischen Sektor, die letztlich das formalrechtliche Prohibitionssystem unterminieren und auf eine Liberalisierung des Drogenmarkts zielen, in der Debatte um das geeignete Problem-Management im Drogensektor im vergangenen Jahrzehnt ihre Position deutlich verbessert haben.

Ausgangspunkt der Durchsetzung innovativer Maßnahmen im Drogenbereich war stets die Initiierung lokaler Projekte, die durch Nutzbarmachung des pragmatischen Handlungsansatzes der Harm-Reduction breite Akzeptanz auf regionalpolitischer Ebene erlangen konnten. Warum es in einigen Städten und Regionen relativ frühzeitig gelang, am akzeptierenden Ansatz orientierte Projekte ins bestehende Hilfesystem zu integrieren und das Angebot im Drogenbereich entsprechend auszuweiten, während dies in anderen Regionen nicht oder nur schleppend der Fall war, bleibt jedoch bisher ebenso weitgehend im Dunkeln wie die Beantwortung der Frage, welche Faktoren eine langfristige Etablierung der akzeptanzorientierten Problemlösungsphilosophie gewährleisten. Erklärungsversuche über die Durchsetzung von Harm-Reduction-Maßnahmen rekurrieren bislang meist ausschließlich auf die personelle und/oder parteipolitisch-programmatische Ebene.

Mithilfe des Ansatzes der systemtheoretisch fundierten Policy-Netzwerkanalyse kann auf die Frage nach weiteren Ursachen für einen nachhaltigen Wandel der Drogenpolitik die Hypothese formuliert werden, dass ein enger Zusammenhang zwischen den geltenden Koordinationsstrukturen beziehungsweise üblichen Kooperationsformen im drogenpolitischen Bereich und der Umsetzung innovativer Problemlösungsansätze in verschiedenen Regionen nachzuweisen ist.

Im Rahmen einer qualitativen Analyse der regionalen drogenpolitischen Regelungen im Bereich Partydrogen konnte diese Hypothese untermauert und Rückschlüsse auf die Bedeutung der Zusammenarbeit

zwischen relevanten drogenpolitischen Akteuren gezogen werden. Insbesondere die Form der Kooperation zwischen zuständigen staatlichen und verschiedenen privaten Organisationen scheint erheblichen Einfluss auf das Zustandekommen und die Durchsetzung innovativer Lösungsansätze im Drogensektor zu haben.

Durch die Konstruktion von Idealtypen, die die jeweiligen Koordinations- und Kooperationsstrukturen beschreiben und Zusammenhänge zwischen den drogenpolitischen Strukturen, der Aufgabebearbeitung durch die staatlichen Akteure und der Entwicklung innovativer Problemlösungsansätze aufzeigen, sind Hinweise auf allgemein gültige Bedingungen gegeben, die zur Durchsetzung innovativer Drogenpolitik und -arbeit erheblich beitragen. Dieses Ergebnis kann auch politikberatend von Bedeutung sein, weil hier Hinweise darauf gegeben wurden, welche Rolle die staatliche Akteure im Prozess der Interessenaggregation am ehesten einnehmen sollten. Zu prüfen bleibt, ob die Ergebnisse der Analyse übertragbar sind auf andere Themenbereiche oder andere politische Ebenen.

Grundlagen bundesdeutscher Drogenpolitik aus politikwissenschaftlicher Sicht

Jede Form der Drogenpolitik ist real von einer Durchmischung kriminalpolitischer, sozialpolitischer und gesundheitspolitischer Elemente gekennzeichnet (Kreuzer 1982: 1166). Der Kern der politisch-rechtlichen Regelung im Drogensektor wird durch die strafrechtlich relevanten Teile des Betäubungsmittelrechts markiert. Dieses umfasst die Bestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes und zahlreiche Verordnungen (insbesondere Betäubungsmittel-Änderungsverordnungen). Ausdruck der den drogenpolitischen Sektor auf Bundesebene dominierenden Problemlösungsphilosophie geben darüber hinaus gesonderte Maßnahmenpakete wie der Nationale Drogenbekämpfungsplan von 1990 (BMI/BMJFFG 1990), Vereinbarungen über Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und ähnliches.

Betrachtet man dagegen weniger die formalrechtliche, als vielmehr die materielle Dimension der drogenpolitischen Situation in Deutschland, so lässt sich konstatieren, dass die bundesdeutsche Drogenpolitik insgesamt seit Ende der 70er Jahre dominiert wird von der Auffassung, Drogenkonsum weniger als Delinquenz, sondern vielmehr als Krankheit einzustufen (vgl. Hartwig/Pies 1995: 95). Entsprechend ist die drogenpolitische Entwicklung der vergangenen zwanzig Jahre geprägt von der Institutionalisierung und dem Ausbau des Hilfesystems. Maßnahmen, die auf gesundheitspolitischer Basis auf eine Verbesserung der medizinischen Versorgung der Problemklientel Drogengebraucher zielen, sind zumindest bedingt konsensfähig, wie die zwar späte und nur unter Einschluss schwerwiegender Konzessionen an ihre Gegner vorangetriebene, letztlich aber erfolgreiche Durchsetzung von Methadonprogrammen, die Legalisierung von Fixerräumen oder auch die Einleitung des Heroin-Modellprojekts zeigen.

Auch wenn ihre formale Anerkennung nur möglich war, indem diese innovativen drogenpolitischen Maßnahmen proklamatorisch auf ihre gesundheitspolitische Dimension reduziert worden waren, und man insofern tatsächlich von einer weitgehenden Medizinalisierung der drogenpolitischen Problemlösungs-Diskussion sprechen kann, so lässt sich doch ihre ursprünglich enge Verknüpfung mit Forderungen nach einer Verbesserung der sozialen Situation von Drogenkonsumenten und einer Liberalisierung des Drogenmarkts nicht völlig negieren. Insofern das Handeln der Protagonisten der Akzeptierenden Drogenarbeit zur Anerkennung ihrer Problemlösungsansätze stets von der Suche nach einem Weg der kleinen Schritte bestimmt war, bildet die grundsätzliche Infragestellung prohibitiver und kriminalpolitischer Regelungen also einen manifesten Bestandteil drogenpolitischer Reformbestrebungen. Die Implementierung und Ausweitung von Harm-Reduction-Maßnahmen können daher als „significant evolutionary steps in the direction of legalization“ (Böllinger 1997: 159ff.) gewertet werden.

Die Policy-Netzwerkanalyse als Analysemodell der Drogenpolitik

Den theoretischen Rahmen für die vorliegende Untersuchung bildet das Policy-Netzwerkmodell (vgl. Mayntz 1993, 1997a, Scharpf 1993a, 1993b). Ältere Policy-Modelle gehen üblicherweise von einer weitgehenden Definitionsmacht der staatlichen Akteure und möglichen optimalen Steuerung der Problembearbeitung aus. Diese Annahme scheint jedoch den Gegebenheiten der modernen Industrieländer kaum zu entsprechen. Typisch sind hier vielmehr die Interessenverflechtung und das Zusammenspiel staatlicher und gesellschaftlicher (privater) Akteure, wobei gesellschaftliche Akteure ganze (politisch relevante) Themenbereiche oder gar Sektoren quasi autonom ausgestalten können.

Dem theoretischen Rahmen der Policy-Netzwerkanalyse liegt daher die aus empirischer Sicht eher zutreffende Annahme zu Grunde, dass die Entstehung und Durchführung konkreter Politik stets des (netzwerkartigen) Zusammenwirkens unterschiedlicher staatlicher und nicht-staatlicher Akteure bedarf. Während `klassische` Policy-Analysen also den öffentlichen Institutionen im politischen Prozess eine dominierende Rolle zumäßen, definiert die Policy-Netzwerkanalyse staatliches Handeln als Interaktion zwischen relativ autonomen Akteuren aus dem öffentlichen und dem privaten Sektor.

Dem politisch-administrativen System, das sich im Kern durch die Definition und Durchsetzung übergeordneter Ziele (im Sinne der Steigerung der öffentlichen Wohlfahrt) legitimiert, kommt in diesem Modell eher die Aufgabe effektiver Koordination der komplexen Verhandlungsnetzwerke in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu. Seine Funktion ist es, einen Interessenausgleich unter den Beteiligten derart zu fördern, dass angemessene Sachlösungen möglich werden.

Auf der Suche nach einer adäquaten Problemlösung geht es heute für staatliche Akteure zunehmend weniger darum, formalrechtlich bestehenden Hierarchien entsprechend ganze Politiksektoren inhaltlich auszugestalten. Die qualitativ neue Herausforderung für den Staat besteht darin, über eine Öffnung der staatlichen Entscheidungsträger für die Lösungsvorschläge und Interessen privater Akteure die Koordination und Kooperation zwischen verschiedensten politischen Ebenen, Akteuren und Interessen zu gewährleisten.

Auf diesem Wege können auch auf der materiell-inhaltlichen Ebene effektive Problemlösungsmaßnahmen realisiert werden. Nur so ist es nämlich `dem Staat` (im Sinne des Gemeinwesens) möglich, vorhandene Ressourcen zusammenzuführen und zu bündeln, um gemeinsam mit allen betroffenen Akteuren eine sachgerechte und, gesamtgesellschaftlich gesehen, optimale Regelung zu erarbeiten.

Regionale drogenpolitische Netzwerke und ihre Bedeutung im drogenpolitischen Prozess

Ziel der durchgeführten Untersuchung war es, die Wechselwirkungen von strukturell-prozessualer (Politics-) und inhaltlicher (Policy-)Ebene im Drogenbereich zu untersuchen, um Wirkungszusammenhänge im Drogensektor beschreiben zu können. Sofern entgegen der formal hierarchischen Struktur im Politikfeld netzwerk-typisches Handeln nachzuweisen und diese Regelungsform langfristig angelegt ist, kann dies als Indikator für gesellschaftliche Modernisierung einerseits und Modernisierung des Staatsapparates durch funktionelle Differenzierung andererseits gedeutet werden (Mayntz 1993: 41f.).

Darüber hinaus ist eine neu entwickelte Regelungsform jedoch nur als Ergebnis eines tiefgreifenden Wandlungsprozesses des staatlichen Selbstverständnisses erklärbar. Zwar ist eine demokratisierende Entwicklung im Sinne größerer Partizipation aus dem Ergebnis der Analyse nicht direkt abzuleiten; jedoch ist es zumindest wahrscheinlich, dass im Zuge eines solchen gesamtstaatlichen Modernisierungsprozesses für innovative Problemlösungsansätze, die auf private Akteure zurückgehen, mehr Realisierungsspielraum entsteht (Huf 1998: 12ff.).

Das Ergebnis der Untersuchung von Kalke/Raschke (1996) legt die Vermutung nahe, dass die eigentlichen Innovatoren der bundesdeutschen Drogenpolitik auf regionaler Ebene zu finden sind, so dass eine Verifizierung der Ausgangshypothese auf dieser politischen Ebene lohnend erscheint.

Ausgangspunkt einer Policy-Netzwerkanalyse sind die am politischen Prozess beteiligten Akteure. Exemplarisch kann ein Themenbereich (Issue) zur Analyse herangezogen werden. Dafür bietet sich im Drogenbereich der in den 90er Jahren neu entstandene drogenpolitische Problembereich Partydrogen besonders an. Denn in sich neu entwickelnden politischen Netzwerken spielen häufig gesellschaftliche Organisationen noch eine Rolle, die sich aus persönlichem Interesse zumeist viel eher als entsprechende professionelle private und staatliche Akteure dem Bereich thematisch annehmen und auf diese Weise beträchtliche Fachkompetenz erlangen können. Im Partydrogenbereich sind dies vor allem Techno-Szeneorganisationen (z.B. in Berlin *eve & rave*), die seit Jahren erfolgreiche Informations- und Beratungsprojekte betreiben.

Im späteren Verlauf des politischen Prozesses können diese Organisationen vor allem durch die Anwendung staatlicher Sanktionsinstrumente (wie rechtliche Maßnahmen, aber auch die Mittelzuweisung) an den Rand des Netzwerks gedrängt oder nahezu völlig ausgeschlossen werden können. Entspricht diese häufig aufzufindende Entwicklung nicht der Bedeutung dieser Organisationen auf gesellschaftlicher Ebene, hier also vor allem innerhalb der Drogenszenen, geht die Innovationskraft dieser Akteure verloren und steht dem Gemeinwesen nicht mehr zur Verfügung.

Andererseits besitzen innovative Forderungen (wie zum Beispiel der von Techno-Szeneorganisationen vorangetriebene Einsatz von Harm-Reduction-Maßnahmen im Präventions- bzw. Aufklärungsbereich und der stets aufs neue geforderte Einsatz von Drugchecking; vgl. *techno-netzwerk berlin 2000*) mittel- oder langfristig auch die Kraft zur Durchsetzung auf überregionaler Ebene, wenn es im Zuge der regionalen Politik-Formulierung zu einer Intensivierung des fachlichen Austauschs über die vorgeschlagenen Lösungsansätze und im weiteren Verlauf zu einer erfolgreichen Erprobung auf regionaler Ebene kommt.

Regionale Partydrogenpolitiken im Vergleich

Für die Analyse wurden hier drei deutsche 'Drogenmetropolen' herangezogen. Ein Vergleich der Partydrogenpolitik dieser drei Städte erscheint sinnvoll, da die Drogenpolitik überall eine ähnlich hohe Relevanz besitzt. Daneben waren und sind sie als 'Technohochburgen' ebenso allesamt vom 'Partydrogen-Phänomen', dem stark gestiegenen Konsum und der schlagartig gestiegenen Medienaufmerksamkeit um Partydrogen, in besonderer Weise betroffen. Das 'Partydrogen-Problem' der staatlichen Politik, also der dringende Bedarf, dem 'Partydrogen-Phänomen' adäquate Maßnahmen entgegenzusetzen, nahm zudem zu etwa gleichen Zeitpunkten ähnliche Ausmaße an. Jedoch unterscheidet sich die Drogenpolitik der drei Städte im Hinblick auf die Durchsetzung innovativer Maßnahmen im regionalen Kontext beträchtlich.

Auf der Basis von Tiefeninterviews mit Experten aus dem drogenpolitischen Bereich und mit Initiatoren von Projekten im Partydrogenbereich wurden zum einen regionale Koordinationsstrukturen und typische Kooperationsmuster, zum anderen diskutierte Vorschläge und Maßnahmen zur Entwicklung eines bedürfnisgerechten Angebots erschlossen. Daneben wurden projektbezogene Quellen und Parlamentsdokumente ausgewertet.

Damit eine systematische Analyse gewährleistet werden konnte, wurden die verschiedenen Einflussfaktoren auf die regionale politische Regelungsform im Partydrogenbereich durch Erstellung eines Variablen-Sets (vgl. Héritier et al. 1994) als unabhängige Variablen gekennzeichnet. Im Zuge eines mehrstufigen Verfahrens konnte auf diese Weise zwischen netzwerkspezifischen Aspekten, externen regionalen Einflussfaktoren und regional übergreifenden Rahmenbedingungen unterschieden werden.

Die politische Regelungsform im Partydrogenbereich wurde anhand der Unterschiede in den verschiedenen Regionen in sechs Dimensionen analysiert: Die Unterschiede in den politisch-administrativen Strukturen, die staatlicherseits verwendeten Steuerungsinstrumente, die staatlichem Handeln zugrunde liegende Problemlösungsphilosophie, das Zusammenwirken zwischen Staat und privaten Organisationen, die Rolle der privaten Organisationen im Prozess der Interessenaggregation und die Bedeutung von Mediatoren.

Neben regionalen netzwerkspezifischen Bedingungen sind für die Herausbildung unterschiedlicher Problemsichtweisen bezüglich des Partydrogengebrauches und der Durchsetzung verschiedener Problemlösungsansätze (Policy-Optionen) eine Vielzahl anderer Faktoren verantwortlich, die sowohl regional spezifischen wie auch regional übergreifenden Charakter haben können. Diese externen Faktoren wurden ebenfalls als unabhängige Variablen konzipiert.

Entsprechend dem theoretischen Modell und da den staatlichen Akteuren bei der Durchsetzung drogenbezogener Maßnahmen eine besondere Rolle zukommt, die sich aus den Rahmenbedingungen der Drogenpolitik ableiten lässt, bildete ihr Agieren innerhalb des untersuchten Themenbereiches, insbesondere in der Wahrnehmung ihrer Koordinationsfunktion und gegenüber den gesellschaftlichen Akteuren, das Kernstück der Analyse.

Ergebnisse

In der Analyse der drei Städte zeigen sich unterhalb der formalrechtlichen Ebene erhebliche Unterschiede in der politischen Regelungsform, die bis zum Ende der 90er Jahre formuliert wurde. Da sich im Verhalten der staatlichen Akteure im Koordinationsbereich ebenfalls große Unterschiede in gleicher Richtung zeigen, andere Einflussfaktoren dagegen eine deutlich geringere Rolle spielten, konnte die Ausgangsvermutung empirisch untermauert und Zusammenhänge zwischen den gewachsenen regionalen drogenpolitischen Strukturen, der Aufgabebearbeitung durch die staatlichen Akteure und der Entwicklung innovativer Problemlösungsansätze aufgezeigt werden.

Während in Frankfurt ein deutliches Bemühen der federführenden behördlichen Stelle zu erkennen ist, mit allen beteiligten relevanten Problembearbeitern – aus dem professionellen Präventionsbereich ebenso wie mit den Selbstorganisationen aus der Technoszene – zu kooperieren und schon 1995 ein zentrales, kontinuierlich zusammenarbeitendes Gremium installiert wurde, das der Klärung des Bedarfs an Drogenarbeit in der Technoszene, der Diskussion zu ergreifender Maßnahmen und dem fachlichen Austausch dient, fehlen in den anderen Städten derartige Mechanismen.

Die staatlichen Akteure in Frankfurt übernehmen deutlich die Rolle eines aktiven Vermittlers und leisten so strukturelle Vorarbeiten zur Intensivierung des fachlichen Austauschs und der gemeinsamen Entwicklung von Problemlösungsstrategien und -maßnahmen durch konkurrierende Projekte und Träger. Dies im Wesentlichen auch nach dem Wechsel im Gesundheitsdezernat und der Übernahme des Amtes durch die CDU.

Das Frankfurter Drogenreferat selbst verhält sich in vielerlei Hinsicht nicht als richtungweisende Autorität, die die Durchsetzung einer zuvor festgelegten partydrogenpolitischen Strategie verfolgt. Ziel ist vielmehr die Diskussion verschiedener Maßnahmen und Einigung der involvierten Netzwerk-Akteure auf verbindliche Strategien bezüglich der Partydrogen-Thematik, wobei dem Drogenreferat selbst eine Rolle als Impulsgeber zufällt. Als ein Ergebnis lässt sich das im Frankfurter Arbeitskreis 1999 gemeinsam beschlossene Positionspapier (AK JDS 1999) anführen, in dem alle Beteiligten weithin für eine Öffnung der Jugend- und Drogenhilfe für den Akzeptierenden Ansatz votieren. Eine entsprechende Anerkennung des Harm Reduction Approach im Bereich der Suchtprävention scheint Ende der 90er Jahre in keiner der beiden anderen Städte realisiert.

Durch die enge Verbindung des Arbeitskreises zum federführenden Koordinationsgremium für die gesamte Frankfurter Drogenpolitik, der Montagsrunde, ist es möglich, gemeinsam erarbeitete Ergebnisse und Forderungen an höhere Instanzen (einschließlich der Leitung des Gesundheitsdezernats) weiterzuleiten. Auf diesem Wege werden problemlösungsorientierte Verhandlungen gefördert und Kooperationen unter den Partydrogen-Akteuren ermöglicht. Zudem bricht die generelle Gleichbehandlung der involvierten Akteure durch die staatlichen Stellen die Konkurrenzsituation zwischen freien Trägern und Szeneorganisationen auf und fördert gegenseitige Lernprozesse unter den Beteiligten.

Die Arbeit des Arbeitskreises führte zur Entwicklung und Verbesserung eines bedürfnisorientierten Angebots, das sich an der Einbeziehung der Szeneorganisation safe party people/ALICE in die staatliche Regelfinanzierung am deutlichsten äußert. Außerdem scheinen Kooperationen wie gemeinsame Aufklärungsveranstaltungen, Vorbereitung und Ausrichtung von Tagungen, Kongressen usw., zwischen den Partydrogen-Akteuren in Frankfurt weitaus einfacher initiiert und leichter durchführbar als in den anderen Städten.

Leitet man aus den vorliegenden Ergebnissen der Analyse Vermutungen über künftige Entwicklungen im Drogenbereich und insbesondere über die langfristigen Wirkungen des drogenpolitischen Prozesses ab, die sich im Zuge der regionalen partydrogenpolitischen Entwicklungen ausgebildet haben, so lassen sich bezüglich des Zusammenwirkens staatlicher Institutionen mit privater Akteuren im Drogenbereich je Region unterschiedliche Prognosen erstellen.

Der Vollbericht

Bedingungen für eine innovative regionale Drogenpolitik in Deutschland Eine Policy-Netzwerkanalyse der Partydrogenpolitik in Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin

von Rüdiger Schmolke

ist unter

<http://www.eve-rave.net/download.sp?file=politics110.pdf> (503 KB, 126 Seiten) abrufbar.

Literaturhinweise

AK JDS (Arbeitskreis Jugend, Drogen und Suchtprävention) **1999**: Akzeptierende Arbeit in der Jugend- und Drogenhilfe sowie der Suchtprävention (unveröffentlichtes Positionspapier), Frankfurt

BMI (Bundesministerium des Inneren)/**BMJFFG** (Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit) (Hg.) **1990**: Nationaler Rauschgiftbekämpfungsplan, Bonn

Böllinger, Lorenz **1997**: German Drug Law in Action: The Evolution of Drug Policy, in: ders. (ed.): Cannabis Science. From Prohibition to Human Right, Frankfurt et al., 153-168

Hartwig, Karl-Heinz/Pies, Ingo **1995**: Rationale Drogenpolitik in der Demokratie. Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsethische Perspektiven einer Heroinvertgabe, Tübingen

Héritier, Adrienne et al. **1994**: Die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ein regulativer Wettbewerb: Deutschland, Großbritannien und Frankreich in der Europäischen Union, Opladen

Huf, Stefan 1998: Sozialstaat und Moderne. Modernisierungseffekte staatlicher Sozialpolitik, Berlin

Kalke, Jens/Raschke, Peter 1996: Blockierte Drogenpolitik. Von Reforminitiativen der Länder und ihrer Behinderung durch die Bundesregierung, in: Wissenschaftlicher Beirat des Bundesverbandes für Akzeptierende Drogenarbeit `Akzept´ e.V. (Hg.): Wider besseres Wissen. Die Scheinheiligkeit der Drogenpolitik, Bremen, 168-180

Kreuzer, Arthur 1982: Drogenpolitik und strafrechtliche Drogenkontrolle in der Bundesrepublik Deutschland, in: Völger, Gisela/Welck, Karin von (Hg.): Rausch und Realität. Drogen und Kulturvergleich. Band 3, Reinbek, 1166-1178

Mayntz, Renate 1993: Policy-Netzwerke und die Logik in Verhandlungssystemen, in: Héritier, Adrienne (Hg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Opladen, 39-56

Mayntz, Renate 1997: Politische Steuerung: Aufstieg, Niedergang und Transformation einer Theorie, in: dies.: Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische und methodologische Überlegungen, Frankfurt/New York, 263-295

Scharpf, Fritz W. 1993: Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat, in: Czada, Roland/Schmidt, Manfred G. (Hg.): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit, Opladen, 25-50

Scharpf, Fritz W. 1993a: Positive oder negative Koordination in Verhandlungssystemen, in: Héritier, Adrienne (Hg.): Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, Opladen, 57-83

techno-netzwerk berlin 2000: Drug-Checking-Konzept für die Bundesrepublik Deutschland. Konzeptioneller Vorschlag zur Organisation von Drug-Checking. Eine Diskussionsgrundlage, Berlin

im Internet als PDF-Datei (1579 KB, 112 Seiten) unter:
<http://www.eclipse-online.de/drug-checking-konzept-bmg.pdf>

Referenzanschrift:

Rüdiger Schmolke
Paulsenplatz 2
D-22767 Hamburg
Tel.: 040 - 4325 - 0890
E-mail: rue@eclipse-online.de

Memorandum zu einem drogenpolitischen Neubeginn

Die Drogenpolitik in Deutschland braucht eine neue Logik

Der Ausgangspunkt der Neuorientierung ist ein substanzübergreifendes Verständnis von Drogengebrauch, Drogenmißbrauch und Drogenabhängigkeit. Die falschen Antworten der herrschenden Drogenpolitik wie Repression, Kriminalisierung und Pathologisierung müssen durch eine konsistente Drogenpolitik mit dem Ziel einer Drogenmündigkeit im Kontext umfassender Gesundheitsförderung ersetzt werden. Herausgegeben von akzept-Bundesverband für akzeptierende Drogenarbeit und humane Drogenpolitik; Bundesverband der Eltern und Angehörigen für humane und akzeptierende Drogenarbeit; Bundesverband JES-Netzwerk; Deutsche AIDS-Hilfe, Deutsche Gesellschaft für Drogen- und Suchtmedizin und Eve & Rave, Verein zur Förderung der Party- und Technokultur und Minderung der Drogenproblematik.

Die Entkriminalisierung des Umgangs mit Drogen, die rechtliche Neuregelung rund um Cannabis, der Paradigmenwechsel in der Prävention, die Etablierung von Fixerstuben zur Schadensminimierung und der Einstieg in die kontrollierte Heroinabgabe sind notwendige erste Schritte, um hierzulande zu einer neuen Logik in der Drogenpolitik zu kommen. In diesem Sinne fordern die Autoren dieses Memorandums von den drogenpolitisch Verantwortlichen ein deutliches Signal zu einer drogenpolitischen Wende.

im Internet als PDF-Datei (66 KB, 20 Seiten) unter:

http://www.eclipse-online.de/drogenpol_memorandum_1998.pdf

im Internet als html-Datei unter: <http://www.eve-rave.net/abfahrer/politik.sp?text=7>

Drug-Checking-Konzept für die Bundesrepublik Deutschland

Drug-Checking ist ein Instrument zur Förderung des individuellen Risikomanagements beim Konsum illegalisierter Substanzen und leistet einen Beitrag zur Minderung der Drogenproblematik. Der Vergleich verschiedener Interventionsstrategien in Deutschland, den Niederlanden, in Österreich und in der Schweiz zeigt die Effizienz von Drug-Checking zur Erhaltung von Gesundheit auf. Drug-Checking ist ein Angelpunkt in der Drogenarbeit zwischen Pharmakologie und Bewußtseinsforschung, zwischen dem Erleben außergewöhnlicher Bewußtseinszustände und dem Einfluß von Droge, Set und Setting. Drug-Checking ist ein Wegbereiter von der konventionellen „Suchtprävention“ zu echter und verantwortungsbewußter Drogenmündigkeit. Drug-Checking ist ein Bindeglied zwischen erlebter Drogenkultur in der Szene und den naturwissenschaftlichen Fakten von Drogenwirkungen auf den Menschen. Drug-Checking begünstigt die wechselseitige Informationsvermittlung zwischen Konsumenten und Forschern.

(Das Konzept wurde auf Bitte des Bundesministeriums für Gesundheit vom *techno-netzwerk berlin* erarbeitet, verfaßt und veröffentlicht.)

im Internet als PDF-Datei (1579 KB, 112 Seiten) unter:

<http://www.eclipse-online.de/drug-checking-konzept-bmg.pdf>

im Internet als html-Datei unter: <http://www.eve-rave.net/abfahrer/drugchecking.sp?text=1>